

„Die Linke“ fordert in Sindelsdorf einen Politikwechsel

„Reichtum für alle“

Sindelsdorf (wbr) - Werner Bäumler, seit 25 Jahren Betriebsratsvorsitzender eines großen Peitinger Metallunternehmens, hat kaum Chancen, nach der Wahl am 27. September in den Bundestag einzuziehen. Er ist über die Landesliste nicht abgesichert und müsste schon das Direktmandat erreichen, was als Kandidat der Linken nur über einen politischen Erdbeben möglich wäre. Dennoch kämpft der engagierte 57-jährige gelernte Betriebschlosser und Arbeitssicherheitsfachmann vehement für ein gutes Ergebnis, um den Arbeitnehmern zu ihrem Recht zu verhelfen und „um Deutschland wieder zu einem Sozialstaat zu machen“, wie es das Grundgesetz und auch die Bayerische Verfassung forderten. Auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes Oberland im Sindelsdorfer „Gasthof Post“ hat der Kandidat jetzt seine politischen Vorstellungen erörtert, um aufzuzeigen, „dass Deutschland unbedingt einen echten Politikwechsel braucht“. Hauptredner des Abends war aber der Bundestagsabgeordnete und Spitzenkandidat der Linken in Bayern, Klaus Ernst. Dieser tourt derzeit im Wahlkampf durch ganz Deutschland, war am Tag zuvor in Nürnberg und dann in Bonn und musste tags drauf schon wieder mit der ersten Maschine nach Berlin fliegen, um an der Bundestagssitzung teilzunehmen. Unter den Zuhörern in Sindelsdorf wurden viele Betriebsräte größerer Firmen aus der Region, Gewerkschaftsfunktionäre, ehemalige bekannte SPD-Mitglieder und auch ein paar ehemalige Grüne, die sich ebenfalls mit ihrer Partei nicht mehr so recht identifizieren wollen, gesichtet.

Das Wahlziel der Linken ist klar: in Bayern heißt die Richtung fünf Prozent plus x, auf Bundesebene mindestens zehn Prozent plus x, betonte Ernst. Seiner Aussagen nach wären die Linken zu einer Koalition mit der SPD bereit, sofern diese sich für die Rücknahme von Hartz

IV und der Rente mit 67, für die Einführung des Mindestlohns, für die Verbesserung des Kündigungsschutzes und gegen die Kriegsteilnahme in Afghanistan entscheidet. Da die SPD dies wohl nicht wolle, wird laut Ernst eine Koalition und damit ein echter Politikwechsel erst in vier Jahren möglich sein, denn „dann hat die SPD begriffen, dass es ohne uns nicht geht“.

Andere Parteien greifen Forderungen der Linken auf

Ernst, wie auch Bäumler früher selbst Mitglied der SPD, ist überzeugt, dass die SPD bald wieder „sozialdemokratisch werden wird“, weil das Murren über die derzeitige politische Richtung der Partei an der Basis immer hörbarer werde. Die SPD-Spitze, davon ist Ernst auch überzeugt, vertrete nicht mehr die Meinung des Großteils ihrer Mitglieder. Bäumler seinerseits will nicht länger tatenlos zusehen, „wie die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“. Die von politischen Gegnern heftig kritisierte plakative Forderung des Parteivorsitzenden Gregor Gysi („Reichtum für alle“) hält Bäumler für eine völlig richtige Aussage, da Reichtum nicht nur Geld bedeute, sondern in viel stärkerem Maße noch Reichtum an Kultur, Bildung, Sicherheit und Gerechtigkeit. Deshalb wolle er mithelfen, dass die menschenverachtenden Gesetze im Sozialbereich wieder abgeschafft werden. Dass die anderen Parteien jetzt im Wahlkampf „plötzlich ihr soziales Herz entdecken und viele Forderungen der Linken aufgreifen“, hat Bäumler zu seinem Wahlkampfthema gemacht. Er lässt Merkzettel drucken, auf denen er genau aufzeigt, wie welcher Abgeordnete bei den Gesetzesinitiativen zur Rente mit 67, zu Mindestlöhnen, zur Verschärfung von Hartz IV und zu vielen anderen abgestimmt hat, um die Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und Abstimmungsverhalten aufzuzeigen.



Mit ihrer Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, für die Einführung von Mindestlöhnen und für stärkeren Kündigungsschutz wollen der Bundestagskandidat von „Die Linke“, Werner Bäumler (l.), und der Bayerische Spitzenkandidat und Bundestagsabgeordnete, Klaus Ernst, bei den Arbeitnehmern punkten.